

Gemeinderatssitzung vom 17. November 2025

WEISUNG 89/2025 DES STADTRATES:

Entwicklung Eschenbüel, Einnahmeverzicht und Abrechnung der Gesamtverfahrenskosten

Sehr geehrter Herr Ratspräsident,
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,
Geschätzte Anwesende

Es macht den Anschein, als würden wir eine rein technische Weisung behandeln. In Bezug auf die Abrechnung stimmt das. Die Hintergründe, wie es dazu kam, sind dann doch ein bisschen tiefgründiger.

Diese Weisung ist nämlich der Schlusspunkt für ein Verfahren mit äusserst unrühmlichem Ausgang. So betreiben wir die Lokalpolitik «ad Absurdum».

Da der Stadtrat die Planung von sich aus abgebrochen hat, sind wir natürlich nicht der Meinung, dass die Verfahrenskosten des Quartierplans auf die privaten Grundeigentümer überwält werden sollen.

Nach diesem ersten Punkt im Dispositiv hört dann aber unser Verständnis und die Unterstützung dieser Weisung auch gleich schon wieder auf.

Es ist unsäglich, wie in Uster mit der Thematik Wohnraum umgegangen wird. Da folgen Vorstoss um Vorstoss, vorwiegend von der Ratslinken, zu preisgünstigem Wohnraum, dem Umgang mit den Mietzinsen, Wohnungsknappheit und so weiter. In den letzten fünf Jahren 14 an der Zahl! Dazu noch die intensiven Diskussionen zu dem Thema im Rahmen der Richtplanung.

Und wir kommen nicht umhin, eine gewisse Ironie an der heutigen Tagesordnung festzustellen. So hat der Gemeinderat gerade einen weiteren Vorstoss zur Thematik behandelt und mit dem Gegenvorschlag des Stadtrates sinngemäss angenommen, dieses mal aus der Optik der Seniorinnen und Senioren. Der Stadtrat und eine knappe Mehrheit des Gemeinderats sind sogar der Meinung, dass das Thema so wichtig ist, dass wir es in der Gemeindeordnung – also unserer Verfassung – festschreiben sollen.

So weit so gut. Für uns klingt das mehr nach Wahlkampf, der steht ja vor der Tür. Aber konsequent sein und effektiv mehr Wohnraum schaffen, das dann doch wieder lieber nicht.

Da haben wir in Uster die Chance, ein Gebiet zu entwickeln und Wohnraum für über 2'100 Menschen – man höre und staune – ja, 2'100 Menschen sowie 600 Arbeitsplätze zu schaffen und was machen wir daraus? Nichts. Genau gar nichts!

Jede Partei und Fraktion – ausgenommen unsere Fraktion, wir hatten damals als einzige gegen den Verfahrensabbruch gestimmt – fand Gründe, das Gebiet nicht zu entwickeln:

- Das Projekt sei nicht mehr zeitgemäss wurde gesagt. Ja liebe Anwesende: Wie nicht zeitgemäss kann denn ein Projekt, dass für 2'100 Menschen Wohnraum schaffen soll, in der heutigen Zeit denn sein? Ja haben wir denn jetzt ein Problem oder haben wir keines?
- Nicht mehr zeitgemäss? Der Gemeinderat gab dem Stadtrat 2005! den Auftrag zur Entwicklung. 2024 wurde dann das Verfahren abgebrochen. Ja, wenn wir das auch bei einem nächsten Projekt fertigbringen, dann müssen sie die Referate nicht weit weglegen, denn nach 19 Jahren Planung und Dranrumstudieren wird auch ein nächstes Projekt wieder *nicht mehr zeitgemäss sein*.
- Für die einen stimmte die Windrichtung nicht mehr, für andere war die Umnutzung des Landwirtschaftslandes ein Problem und für wieder andere ging die Güterabwägung nicht auf.

Aus den Referaten zum Verfahrensabbruch entnimmt man folgendes:

- Die Grünen-Fraktion freute sich, dass der Stadtrat fast 20 Jahre und 1.5 Millionen Franken später (bei uns hielt sich die Freude über die versenkten 1,5 Mio in Grenzen) auch noch gemerkt habe, dass das Bauen auf der grünen Wiese [~~direkt am Waldrand in Zeiten der Klimakrise und des Biodiversitätsverlustes~~] nicht ganz zeitgemäss sei und nun das Projekt Eschenbüel doch noch «gelöscht» habe. Fazit: Lieber nicht mehr Wohnraum.
- Die GLP/EVP-Fraktion meinte, dass es aufgrund der aktuellen Wohnungsknappheit nahe liege, neue Überbauungen auf der grünen Wiese zu erstellen [~~und für die Architekten es auch wesentlich einfacher sei auf einer freien Fläche zu planen als qualitativ nach innen zu verdichten~~]. Gleichzeitig glaubte sie zu wissen, dass es aber doch nicht das ist, was die Mehrheit der Bevölkerung möchte. Fazit: Also auch lieber nicht mehr Wohnraum.
- Die BPU enervierte sich in gewohnter Manier über Verfahrensfehler und Kompetenzüberschreitungen des Stadtrats und votierte unter anderem deshalb gegen die Gebietsentwicklung. Fazit: Nicht mehr Wohnraum.
- Die SVP/EDU-Fraktion rechnete aus, dass aus dieser Fläche ca. 30 Personen ernährt werden können und entschied sich gegen mehr Wohnraum und Arbeitsplätze.
- Und die SP-Fraktion sah zwar mit der 2000-Watt-Gesellschaft und dem planen für Menschen viel positives im Projekt, musste dann aber – wohl schweren Herzens – über den eigenen Schatten springen und der so hochgelobten preisgünstigen Wohnfläche leider eine Abfuhr erteilen. Fazit: Lieber nicht mehr Wohnraum.

So hatte alle Ihre Gründe, wieso es leider gerade jetzt und an diesem Ort unpässlich ist, das Wohnraumproblem anzugehen. Stark irritierend ist es aber schon, dass gerade diese Gruppierungen, welche wahlkämpferisch den Wohnraum zum grössten Problem der Ustermerinnen und Ustermer auserkoren haben, am deutlichsten gegen die Gebietsentwicklung und somit gegen mehr Wohnraum waren.

So sind wir also am heutigen Abend angekommen. 20 Jahre später. Und was haben wir?

- Vor allem weiss ich, was wir nicht haben: Keinen einzigen Quadratmeter mehr Wohn- und Arbeitsfläche in diesem Gebiet.
- Dafür haben wir CHF 1,3 Millionen weniger in der Kasse – und da kann man noch nicht einmal sagen, wir hätte diese «verlochet».
- Und auch noch haben wir einen neuen Paragraphen in der Gemeindeordnung der das Ganze richten soll.

Das sagt doch einfach alles!

Aber zurück zur eigentlichen Weisung.

Wir stimmen nur dem ersten Punkt des Dispositivs zu. Den Rest lehnen wir ab und beantragen in Anlehnung an Art. 74, Abs. 6 des Organisationerlasses für die Dispo-Punkte 1-3 einzelne Abstimmungen.

Vielen Dank

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion:

Gianluca Di Modica

Uster, 17.11.2025